FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER
GERECHT UND FREI

Fraktion Freiheitliche Arbeitnehmer
Landesgruppe Niederösterreich
Purkersdorferstraß3 38; 3100 St. Pölten

Antrag 7

der Fraktion Freiheitlicher Arbeitnehmer in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich an der 5. AKNÖ Kammer Vollversammlung der XVII. Funktionsperiode

Klare und treffsichere Entlastung bei Grundnahrungsmitteln statt willkürlicher Listenpolitik
Mehrwertsteuersenkung darf nicht zur sozialen Schieflage führen

Im Zuge der aktuellen Diskussion über eine Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel wurde von politischer Seite eine Liste jener Produkte angekündigt, die von einer solchen Maßnahme profitieren sollen. Diese Liste ist jedoch in ihrer konkreten Ausgestaltung unklar und wurde im Laufe der Debatte mehrfach ausgeweitet und verändert.

Von ursprünglich wenigen klar definierten Produkten ist mittlerweile von einer Vielzahl an Produktgruppen die Rede, ohne dass eine eindeutige, nachvollziehbare und abschließende Abgrenzung vorliegt. Diese Unbestimmtheit führt zu erheblicher Rechtsunsicherheit, erschwert die praktische Umsetzung und öffnet Spielräume für willkürliche oder uneinheitliche Auslegung.

Gleichzeitig zeigen öffentlich diskutierte Beispiele, dass die Auswahl der begünstigten Produkte nicht konsequent an den tatsächlichen Bedürfnissen der breiten Bevölkerung ausgerichtet ist. Eine zielgerichtete Entlastung muss sich an jenen Gütern orientieren, die für den täglichen Bedarf von Arbeitnehmern und Familien wesentlich sind.

Eine Mehrwertsteuersenkung, die auf einer unklaren oder unsystematischen Produktliste basiert, läuft Gefahr, ihre soziale Zielsetzung zu verfehlen. Sie kann dazu führen, dass einzelne Konsumgewohnheiten begünstigt werden, während zentrale Grundnahrungsmittel unberücksichtigt bleiben.

Ziel muss daher eine klare, transparente und nachvollziehbare Regelung sein, die sich an objektiven Kriterien orientiert und eine spürbare Entlastung für die breite Bevölkerung sicherstellt.

Fraktion Freiheitliche Arbeitnehmer
Landesgruppe Niederösterreich
Purkersdorferstraß3 38; 3100 St. Pölten

Die 5. Vollversammlung der XVII. Funktionsperiode der AK Niederösterreich fordert die Bundesregierung auf:

1. **eine klare, abschließende und rechtssichere Definition jener Grundnahrungsmittel, die von einer Mehrwertsteuersenkung erfasst werden festzulegen,**
2. **die Auswahl der begünstigten Produkte nachvollziehbar und an den tatsächlichen Bedürfnissen der breiten Bevölkerung auszurichten.**

Willkürliche oder unsystematische Ausweitungen von Produktlisten sind zu vermeiden, um Rechtsklarheit und Gleichbehandlung sicherzustellen. Ziel aller Maßnahmen muss eine spürbare und faire Entlastung für Arbeitnehmer, Familien und Haushalte sein.